

## Inklusion oder Exklusion?

*Während Parteien und Verbandsfunktionäre, Hochschullehrer, Pädagogikexperten und Journalisten heftig über Inklusion diskutieren, Politiker erste Schritte einleiten, die ihrer Vorstellung von einer möglichst kostengünstigen Umsetzung entsprechen und verhindern sollen, dass die Debatte aus dem Ruder oder in die falsche Richtung laufen könnte, ist es an meiner integrierten Gesamtschule seltsam still. Die KollegInnen, die die Pläne am Ende umsetzen sollen, verhalten sich abwartend. Das liegt nicht nur daran, dass offenbar von politischer Seite gar kein Wert darauf gelegt wird, unsere Meinung zu hören und unsere Erfahrungen in die neuen Planungen einzubeziehen. Die Gründe der Passivität sind nach meinem Eindruck vielfältig:*

Manche Kolleginnen sind resigniert und davon überzeugt, dass sie sowieso keinen Einfluss auf die Planungen haben. (Und vielleicht haben sie ja recht.) Andere sind durch den Schulalltag erschöpft und fühlen sich durch zusätzliche Debatten und Aktivitäten überfordert. Und das versteht jede, die in einer zu großen Integrationsklasse mit 26 Kindern unterrichtet und in der Hälfte der Stunden nur auf sich gestellt ist, ohne sonderpädagogisch ausgebildet oder bezahlt zu werden. Sie soll 5 behinderte Kinder und all die anderen hilfsbedürftigen Kinder unterstützen und gleichzeitig eine ruhige Arbeitsatmosphäre für die ganze Klasse organisieren.

Neben den "offiziell" Behinderten, für die sie wenig Zeit hat, sind aber meist noch ein oder zwei weitere lernbehinderte Kinder in der Klasse. 6 oder 8 Kinder mit oder ohne Migrationshintergrund haben nur minimale Deutschkenntnisse und sind kaum in der Lage, einen einfachen Text selbständig zu lesen und erst recht nicht zu formulieren; Ihnen soll ebenso geholfen werden wie dem Schüler, der sich und seine Mitschülerinnen durch Aggressivität und ständigen Lärm vom Lernen abhält. Und selbstverständlich gibt es noch die kleine Gruppe leistungsstärkerer Schülerinnen, von denen einige nur deswegen an unsere Schule empfohlen wurden, weil sie verhaltensauffällig oder durch besondere Probleme belastet sind und die Grundschulkolleginnen hofften, die Gesamtschule werde es schon richten und ihnen mehr Hilfe anbieten als ein Gymnasium.

Selbst wenn man zu zweit unterrichtet, ist der Alltag aufreibend und es ist erstaunlich, wie viele von uns es dennoch schaffen, ein gutes und integratives und soziales Klima herzustellen. Gerade die engagierten Kolleginnen, die auch nach vielen Jahren noch gerne Lehrer sind und sich weder als Schulmanager verstehen noch den anderen am liebsten sagen, wie es geht, sind zusätzlich hohem moralischen Druck ausgesetzt:

Einerseits fühlen sie sich "ihren" Kindern, die ihnen ans Herz gewachsen sind, verpflichtet. Daher versuchen sie, offensichtliche Missstände durch erhöhten Einsatz sowie Mehr- und Sozialarbeit wettzumachen. Trotzdem verlässt sie nicht das schlechte Gewissen und das ständige Gefühl, den Kindern und ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht zu werden.

Von pädagogischen Schlaumeiern, die weder ihren Schulalltag kennen noch ihn zu bewältigen haben, wird ihnen weisgemacht, dass alles besser werde, wenn sie vielfältige didaktische Methoden einsetzen und den Unterricht nur richtig zu individualisieren verstünden, ein wirksames Mittel, die Lehrer für pädagogische Misserfolge allein verantwortlich zu machen und von den eigentlichen Ursachen der ständigen Überforderung und der schulischen Misere abzulenken.

Beliebt ist auch die Methode, LehrerInnen bei der Entscheidung über die Aufnahme eines stark oder mehrfach behinderten Kindes mit der Frage "Wer traut es sich zu?" in diejenigen mit der richtigen oder falschen Haltung einzuteilen, und zwar völlig un-

abhängig davon, ob das Ergebnis auf einer realistischen Einschätzung oder auf Selbstüberschätzung beruht. Zusätzlich stehen meine KollegInnen und ich ständig unter dem Druck, die Integration auf jeden Fall als Erfolgsmodell darzustellen und keine kritischen oder fragwürdigen Aspekte unserer Arbeit öffentlich zu machen, da sie so schnell in den Verdacht kommen, ihrer Schule zu schaden, Bedenkenträgerinnen oder Integrationsgegnerinnen zu sein.

Da viele KollegInnen diese Schule mit aufgebaut haben und sich ihrer guten pädagogischen Tradition und ihrem Corpsgeist verbunden fühlen, wollen sie diesen Eindruck auf jeden Fall vermeiden. Wer daher kritische Fragen stellt oder zum Ausdruck bringt, dass ein edler moralischer Anspruch allein nicht ausreicht, um allen Kindern gerecht zu werden, sondern dass Inklusion nur unter guten Bedingungen zu erreichen ist, wer von Beispielen einer nicht gelungenen Integration berichtet oder sogar zu fragen wagt, ob gemeinsamer Unterricht in einer zu großen Klasse immer und für alle das Beste ist oder ob nicht im Einzelfall ein Kind in einer kleineren Gruppe mit sehr viel besseren Möglichkeiten der Intensivbetreuung durch qualifizierte Fachkräfte besser aufgehoben ist, wird schnell missverstanden oder gerät leicht in den Verdacht, eine geschichtsvergessene oder rückständige Inklusionsgegnerin zu sein.

Gleichzeitig fürchten aber viele Kollegen genau wie ich, dass demnächst an sie noch höhere Erwartungen gestellt werden, ohne dass sich ihre Arbeitsbedingungen und die Lernbedingungen der Kinder verbessern.

Das entspricht unseren eigenen Erfahrungen und wird durch die Nachrichten der letzten Wochen bestätigt. Schon in den letzten Jahren wurden die Arbeitsbedingungen an unserer Schule und damit die Lernchancen unserer Kinder sehr viel schlechter:

War zunächst von einer durchgängigen Doppelbesetzung die Rede und setzten sich unsere Integrationsklassen aus 22 Kindern (22 + 4 behinderte Kinder) zusammen, so schmolz die Doppelbesetzung auf 40 Prozent und die Klassengröße wuchs auf 21+5 Kinder.

Schon bei diesen Sparmaßnahmen der SPD/Grünen-Regierung wurde an unserer Schule eine Debatte mit hochkarätiger Besetzung über Inklusion als qualitativ höherer Schritt der Integration geführt, denn wir sollten nicht wahrnehmen, dass es eigentlich um eine Verschlechterung ging und auch unter schlechteren Bedingungen ohne öffentlichen Protest weitermachen.

Die Strategie war erfolgreich und wir machten ohne großen Protest weiter, denn, so meinten die meisten KollegInnen, es gehe ja um die Kinder. Dann war lange Zeit keine Rede mehr von Inklusion. Wir versuchten unseren Alltag zu bewältigen und den Kindern auch unter schlechteren Bedingungen und mit viel weniger Zeit für jedes Kind gerecht zu werden.

Jetzt erreichen uns Nachrichten aus Hamburg, die für die neue Inklusionsrunde nichts Gutes ahnen lassen:

In Hamburg stieg die Zahl der an den Gemeinschaftsschulen angemeldeten LSE - Kinder innerhalb eines Jahres rapide von ca. 30 auf 500 an. Bei ihnen soll künftig auf Diagnostik und auf sonderpädagogische Förderung verzichtet werden. Es ist nur noch allgemein von Förderung die Rede. Die Förderstunden, die ihnen bisher zustanden, wurden gekürzt.

Im Interesse "allgemeiner Gerechtigkeit", wie es so schön heißt, werden die Bedingungen an den bisherigen Integrationsschulen massiv verschlechtert. Sie verlieren einen großen Teil ihrer bisherigen Ressourcen. Von den 3,5 Sonderschullehrerstunden, die jedem LSE- Kind bisher zustanden, sollen nur noch 1,4 Stunden von fach-

lich ausgebildeten Sonderschulkollegen erteilt werden. Die SonderschulkollegInnen sind dann für 19 SchülerInnen in 4 oder 5 Klassen zuständig.

In NRW berichten SonderschulkollegInnen schon davon, dass sie von Schule zu Schule fahren, weder eine stabile Beziehung zu den SchülerInnen noch zu dem jeweiligen Kollegium aufzubauen in der Lage sind und damit Arbeitsbedingungen haben, die jeder sinnvollen Integrationsarbeit Hohn sprechen. In Hamburg werden für die übrigen eingesparten Stunden im Vergleich zu Lehrern schlechter und vermutlich schlecht bezahlte- Erzieher oder Sozialpädagogen eingesetzt. Diese werden nicht aus dem Etat der Stadt Hamburg bezahlt, sondern aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung, d.h., den bedürftigen Kindern von Hartz IV- und Sozialhilfeempfängerinnen wird das für andere Unterstützungsmaßnahmen vorgesehene Geld entzogen und anderweitig umverteilt.

Den Förderschulen wird im Namen derselben Gerechtigkeit das Geld für den Sprachförderunterricht genommen und an die Inklusionsschulen umverteilt. Die therapeutische Arbeit ist in Gefahr, aus der Schule ausgelagert und privatisiert zu werden. Damit werden gerade die wenig durchsetzungsfähigen Eltern sozial und emotional gestörter oder lernbehinderter Kinder ihre Ansprüche oft nicht verwirklichen können.

*In Hamburg regiert die SPD allein und hat ihre Inklusionsversprechen nicht eingehalten. Wir sind daher gewarnt und können nicht davon ausgehen, dass die Bedingungen der geplanten Inklusion in NRW besser und weniger kostengünstig sein werden. Auch die Kölner GEW möchte falsche Diskussionen vermeiden und erwartet eine positive Haltung gegenüber den vagen Plänen der NRW-Regierung.*

Wer allerdings von Inklusion spricht, ohne die Rahmenbedingungen vorab zu präzisieren und zu sagen, wann sie erfolgreich sein kann und wann nicht; wer auf eine Bestandsaufnahme und die genaue Evaluierung positiver wie negativer Erfahrungen mit der Integration und damit auch auf die Einbeziehung der Lehrer und ihrer Erfahrungen verzichtet, dem scheint es eher um ein kostengünstiges Sparmodell und ein besseres Image, nicht aber um bessere Lernbedingungen für alle Kinder zu gehen. Hastig und unter Druck soll dafür gesorgt werden, die schlechte Integrationsstatistik der Bundesrepublik zahlenmäßig zu begradigen und die Maßgaben der UN-Konvention formal zu erfüllen, ohne dabei zu fragen, ob denn das, was da in Angriff genommen wird, auch den Namen Inklusion verdient.

Wenn wir nicht gefragt sind, sollten wir uns einmischen.

Ich jedenfalls erwarte von meinen Kollegen und meiner Schule, die sich immer als Modellschule der Integration verstand und darauf setzte, dass andere Schulen ihr folgen, jetzt nicht stillzuschweigen, sondern sehr deutlich zu sagen, unter welchen Bedingungen Inklusion gelingen kann und wann sie scheitern muss. Wenn wir uns jetzt nicht einmischen und stillschweigend weitere Verschlechterungen hinnehmen, dann wird unsere Arbeit und unser Engagement als Vorbild oder Feigenblatt dafür missbraucht anderen Schulen zu beweisen, dass Inklusion wie bei uns auch unter schlechten finanziellen und pädagogischen Bedingungen möglich ist.

Es ist lange her.

Aber die Gesamtschule, an der ich arbeite, hat sich viele Jahre als Vorreiterin bildungspolitischer Debatten und Initiativen verstanden. Die Erkenntnis, dass Schulpolitik von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig ist und pädagogisches Handeln ohne Mitdenken dieser Tatsache ins Leere geht, galt als selbstverständlich. Ich wünsche mir jetzt eine Inklusionsdebatte, die sich nicht darauf beschränkt, Mängel der Integration aufzuzählen oder einen Forderungskatalog aufzustellen, so wichtig beides auch ist, sondern darüber hinaus fragt, was schulische Inklusion im Rahmen einer Gesellschaft bedeutet, die immer brutaler ausgrenzt und z.B. zulässt,

dass ein großer Teil der Kinder, die wir unterrichten, schon mit der Erfahrung von Armut, Arbeitslosigkeit und geringen Aufstiegschancen aufwächst.

Was bedeutet Inklusion in einer exklusiven Gesellschaft, in der der Gegensatz von arm und reich, von Teilhabe und Ausgrenzung immer mehr zunimmt? Wie passt es zusammen, dass Politiker für Sozialgesetze verantwortlich zeichnen, die ein wachsendes Prekariat und damit auch wachsende Kinderarmut hervorbringen, sich gleichzeitig aber mit hochmoralischer Rhetorik für die Inklusion behinderter Kinder in einem sozial gespaltenen Schulsystem einsetzen, über das im übrigen geschwiegen und das nicht infrage gestellt wird?

*Dr. Eichholz, Mitglied in der National Coalition für die Umsetzung der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen, macht in einem am 24. April im Kölner Stadtanzeiger veröffentlichten Interview sehr deutlich, **dass Inklusion nichts anderes sein kann, als die gleichberechtigte Einbeziehung aller von Ausgrenzung und Benachteiligung bedrohten Menschen. Die Forderung nach Inklusion kann daher nur als der Versuch verstanden werden, alle gesellschaftlichen Bedingungen zu bekämpfen, die einen immer größer werdenden Teil der Gesellschaft in Armut und Entrechtung treibt.***

***Können wir daher in einer Gesellschaft der Exklusion überhaupt von Inklusion sprechen? Und wie kann ich ein Schulsystem, das auch im internationalen Vergleich Bildungschancen von Kindern in besonders rigider Form vom sozialen und Bildungsstatus der Eltern abhängig macht, inklusiv nennen?***

Am 26. April 2012 berichtet der Kölner-Stadtanzeiger, dass die Stadt die Neugründung oder Ausweitung etlicher Gesamtschulen und Sekundarschulen plant und erwähnt nebenbei und wie selbstverständlich, dass die Gymnasien von dieser Entwicklung unangetastet bleiben.

Auch in Hamburg besuchen nur ganz wenige behinderte Kinder ein Gymnasium. Damit wird sehr deutlich, dass die Inklusion behinderter Kinder ausschließlich die Aufgabe der Gesamt- Sekundar- oder Gemeinschaftsschulen und der dort lernenden Kinder sein soll. Selbst wenn im Einzelfall ein behindertes Kind aus gutem Haus und mit guten Voraussetzungen ein Gymnasium besucht und sich die Schule dann als inklusiv versteht, ändert das nichts an der Tatsache, dass nur die Kinder für die Inklusion behinderter Kinder verantwortlich sein sollen, die selbst häufig sehr große soziale und schulische Probleme haben und am dringendsten gute Lernbedingungen benötigen, um die Chance eines gutes Schulabschlusses zu haben.

Zugespitzt formuliert: Die von sozialer Exklusion bedrohten Kinder sollen die auch von Ausgrenzung bedrohten behinderten Kinder integrieren; während man an ihnen und ihren Schulen spart und die Kinder überfordert, die ein ruhige Arbeitsatmosphäre und sehr viel Unterstützung besonders nötig haben, sollen Gymnasien mit Anforderungen an ein soziales und integratives gemeinsames Lernen nicht weiter behelligt werden.

Was ist das für eine unsoziale Form der Inklusion, die den Kindern der Besserverdienenden und der traditionell Gebildeten den Rücken freihält und das gemeinsame Lernen aller Kinder verhindert, um den schon durch ihren sozialen Status Privilegierten alle Chancen im Kampf um bessere Arbeitsplätze und Aufstiegschancen zu sichern und die Inkludierten schließlich auch auf dem Arbeitsmarkt verdrängen können?

Ja, ich bin für Inklusion.

Ja, ich bin empört, wenn Herr Lindner sich im Wahlkampf als Gegner von Inklusion outet und dabei meint, die sogenannten Leistungsträger müssten mit allen asozialen Folgen dieses Denkens unter sich bleiben. Aber auch wer nicht über die Absurdität von Inklusion im Rahmen einer ausgrenzenden Schulstruktur sprechen will, sollte über Inklusion schweigen.

Nicht Inklusion und das Zusammenleben und Lernen behinderter und nicht behinderter Kinder, von Kindern unterschiedlicher sozialer und kultureller Milieus, das wir an unserer Schule jeden Tag zu verwirklichen versuchen, ist in Frage zu stellen. Fragwürdig ist es aber, wenn Inklusion gesagt und Sparpolitik auf Kosten der von Ausgrenzung Bedrohten gemeint ist oder wenn die Folge einer schlecht oder dogmatisch umgesetzten Inklusion darin besteht, dass sozial oder emotional besonders hilfsbedürftige Kinder, die die geringste Lobby haben und schon als Kinder Erfahrungen von Gewalt, Missbrauch oder Nichtversorgung erlebten, am Ende nicht nur nicht integriert werden, sondern auch die therapeutische Unterstützung und intensive Betreuung, die ihnen jetzt noch zusteht, verlieren.

Eine letzte Bemerkung:

Wer glaubt, dass es nur für Gesamt- oder Gemeinschaftsschüler wichtig ist, Toleranz und gegenseitige Achtung vor Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen, Leistungen und Behinderungen schon in der Schule einzuüben und Kinder verschiedener Milieus kennenzulernen und das für Gymnasiasten für unwichtig hält, der, sollte unbedingt sofort ins Kino und in den Dokumentarfilm "Work hard - play hard" gehen.

Er zeigt künftigen Hoffnungs- und Leistungsträgern, was aus ihnen werden kann, wenn sie sich trotz aller Bildung widerstandslos zu Hanswürsten und duckmäuserischen Idioten machen lassen.

**Uschi Nienhaus-Böhm**

**Gesamtschullehrerin seit 25 Jahren,  
davon seit 23 Jahren in Integrationsklassen.**